

Bürgermeister Meisenberg beantwortet die Fragen aus der Anfrage der FDP-Fraktion:

Frage 1:

In der Presse ist häufig die Rede von Engpässen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Wie stellt sich die Situation in Marienheide dar?

Antwort:

Derzeit (21.02.2023) hat Marienheide 288 Flüchtlinge und 102 Schutzberechtigte (Anerkannte Flüchtlinge und Afghanische Ortskräfte) in Marienheide.

Zuweisungen von Flüchtlingen werden derzeit nicht erwartet, jedoch fallen Zuzüge aus der Ukraine zu Bekannten und Verwandten unter diesen Personenkreis.

Zurzeit verfügt die Gemeinde über ca. 60 freie Unterbringungsplätze.

Frage 2:

Wird möglicherweise in Erwägung gezogen, die Turnhallen als Notunterkünfte bereitzustellen?

Wenn ja, würde das nicht die Zustimmung der FDP Fraktion finden.

Bitte in diesem möglichen Szenario frühzeitig mit dem Inhaber des ehemaligen VDK Heimes Kontakt bzgl. von Unterbringungsmöglichkeiten aufnehmen.

Antwort:

Nein

Bzgl. des VDK:

Der Oberbergische Kreis und die Bezirksregierung Köln haben im vergangenen Jahr eine erneute Nutzung des Objektes geprüft und verworfen.

Frage 3:

Sind die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge durch Bund und Land gedeckt?

Antwort:

Bisher sind die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge durch Land und Bund in Marienheide gedeckt.

Ob dies für das aktuelle Haushaltsjahr ebenfalls zutreffend ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantwortet werden. Es wird aber davon ausgegangen.

Frage 4:

Wenn diese nicht gedeckt sind, welche Kosten entstehen bzw. entstanden der Gemeinde Marienheide?

Antwort:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Frage 5:

Wie ist der durchschnittliche Mietpreis pro qm für die angemieteten Wohnungen für die Flüchtlinge?

Antwort:

Insbesondere für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge sind private Unterkünfte vorhanden. Der Mietpreis dort liegt in der Regel auf dem Niveau der anerkannten Unterkunfts-kosten des Bürgergeldes (6,50 €/m²).

Die Kosten für die als Übergangseinrichtungen angemieteten Wohnungen und Gebäude liegen bei 5,52 €/m².

RM Rittel fragt nach näheren Informationen zu den 60 freien Unterbringungsplätzen und ob eine Freihaltung dieser Plätze nicht zu Problemen für potenzielle Mieter, die keine Flüchtlinge sind, führen könnte.

BM Meisenberg erklärt, dass die Unterbringungsmöglichkeiten leer stehen und vorgehalten werden. Die Plätze liegen verteilt im gesamten Gemeindegebiet und eine extreme Warteliste bestehe nicht.

RM Kramer erwähnt, dass diese Bedenken bereits ausführlich im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales diskutiert wurden und verweist auf diese Ausführungen.